



Rekommunalisierung ist kein Königsweg!

Parallel zur Bundestagswahl am 22. September 2013 wurde in der Hansestadt Hamburg per Volksentscheid über den Vorschlag eines vollständigen Rückkaufs der lokalen Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze abgestimmt – im Ergebnis votierte eine knappe Mehrheit mit „Ja“. Dieser Fall hat bundesweite Aufmerksamkeit erlangt, bildet jedoch bei genauer Betrachtung nur die Spitze des Eisbergs eines allgemeinen Trends der „Rekommunalisierung“. Gemeint ist hiermit, dass Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Leistungsangebote, die in den letzten zehn bis 20 Jahren von vielen Städten und Gemeinden betrieben wurden, wieder rückgängig gemacht werden.

Was treibt diesen Trend? Häufig wird auf den Wunsch der Bevölkerung verwiesen, die „Energiewende“ i. S. einer stärkeren Nutzung regenerativer Energien sowie einer Steigerung der Energieeffizienz zu beschleunigen. Dabei wird erwartet, dass diese Ziele im Rahmen eines kommunalen Unternehmens eher erreicht werden könnten als über den Abschluss entsprechender vertraglicher Vereinbarungen mit einem privaten Unternehmen. Aber dies hängt eigentlich nur davon ab, wie diese Vereinbarungen konkret ausgestaltet werden. Auch die teilweise chronischen finanziellen Engpässe der Kommunen spielen für die Forderung nach Rekommunalisierung eine Rolle. So wird davon ausgegangen, dass kommunale Unternehmen auf Dauer als „Melkkühe“ zur Erzielung von Gewinnen eingesetzt werden können, die dann in den Stadt- oder Gemeindehaushalt einfließen können. Dies ist allerdings problematisch, u. a. weil hieraus überhöhte Belastungen des privaten Sektors mit Gebühren und Beiträgen resultieren. Schließlich wird für die Rekommunalisierung auch die Erwartung einer höheren lokalen Wertschöpfung und Beschäftigung sowie höherer kommunaler Steuereinnahmen angeführt. Tatsächlich kann eine Kommune diese Ziele besser erreichen, wenn die für die Produktion einer Leistung erforderlichen Inputs überwiegend innerhalb ihres Territoriums zum Einsatz kommen, was bei einem kommunalen Unternehmen stets gesichert sein dürfte. Es ist aber zu bedenken, dass damit vielfach auf Größenvorteile verzichtet werden muss, die eher durch eine räumliche Konzentration von Inputfaktoren erreicht werden können, wie sie im Rahmen umsatzstarker privater Unternehmen möglich ist.

Rekommunalisierung ist also keineswegs ein Königsweg, um relevante Zielsetzungen der Kommunen und ihrer Bürgerschaft zu erreichen. Gerade in Bezug auf die fiskalischen Ziele wäre es auf jeden Fall besser, wenn sich die Kommunen und ihre Spitzenverbände wieder verstärkt für die längst überfällige Reform des kommunalen Einnahmensystems einsetzen würden. Vielleicht bietet sich ja hierfür in der neuen Legislaturperiode des Bundestags endlich eine Chance.

*Martin T. W. Rosenfeld
Leiter der Abteilung Stadtökonomik*